

## **MANUSKRIPT REDE T. Zenker, Landkreis Görlitz, Sonderkreistag 15.11.2023**

*ES GILT DAS GESPROCHENE WORT!*

Sehr geehrte Kreistagsmitglieder, sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Beigeordnete, sehr geehrte Gäste, selten habe ich erlebt, dass eine Kreistagssitzung so intensiv in den Reihen der Kreistagsfraktionen und weit darüber hinaus vorbereitet wurde, wie die heutige. Teilweise schwer politisch, teilweise hart pragmatisch, teilweise mit der Wut der zusammengebissenen Zähne und dem Mut der zusammengekniffenen Augen. Augen zu und durch?! Sicher nicht.

Zudem sind hier eine ganze Menge Kolleg/-innen im Raum, die im beruflichen Leben auch eine Kommune verantworten und in dieser Position dieser Tage einen deutlichen Brief an den MP, seinen Finanzminister und die Fraktionsvorsitzenden im Sächsischen Landtag gesendet haben. Trotz aller Deutlichkeit unserer Fragen und Hinweise sind die Antworten ähnlich enttäuschend, wie die auf etliche ähnliche Schreiben zuvor.

Ministerpräsident Michael Kretschmer hat es zum Beispiel geschafft, die von uns kritisierte Situation – wie wir alle wissen, ist das auch keine neue, die es erst seit drei Jahren gibt – vollständig dem Bund in die Schuhe zu schieben. Ganz schön bequem so eine Regierung, der die eigene Partie nicht selbst angehört.

Das Finanzministerium – das gleiche, das auch hinter dem Bescheid der Landesdirektion steckt, um den es heute noch gehen soll, schafft es tatsächlich zum wiederholten Mal, mit Allgemeinplätzen und Durchschnittswerten die spezifische Situation, die wir angesprochen haben, medial wegzuwischen. Das alles hinterlässt genau die Spuren, auch bei uns Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, vor denen wir deutlich davor gewarnt haben. Es scheint immer noch nicht klar zu sein, was es bedeutet, wenn

Kommunalpolitik ihre Gestaltungsspielräume verliert. Gestalten ist eben nicht nur die Entscheidung darüber, was als Nächstes konsolidiert wird.

Dabei haben wir heute eine Situation erreicht, die ähnlich scheinbar schon mehrmals zur Debatte stand. Ablehnung des Haushalts wegen der Erhöhung der Kreisumlage und der Sparmaßnahmen, Ersatzvornahme der Landesdirektion, böse Schreiben an die Landesregierung, neuer Haushalt, Gutachten, nächste heiße Debatte zur Kreisumlage, Protest des SSG – alles mehrfach schon gehabt und natürlich gibt es dabei auch immer Verlierer, die wir alle gar nicht so deutlich auf dem Schirm haben.

Wir – der Landkreis Görlitz, den wir Kreisräte ja auch alle repräsentieren - stehen mit dem Rücken zur Wand. In den Gästereihen sitzen und unten demonstrieren genau die Menschen, die nicht nur Angst um ihre Jobs haben, sondern die auch genau wissen, dass ihre Arbeit – die Unterstützung und das Empowerment von jungen Menschen, von Jugendlichen, die gar nicht erst im härtesten Sinne des Wortes hilfsbedürftig werden sollen – dass diese Arbeit schon oft in irgendwelchen Sparzwängen mindestens eingeschränkt wurde, weil es in diesem Saal auch einige gibt, die diese Arbeit für nicht so wichtig halten. Weil diese Arbeit angeblich nicht wirtschaftlich und nicht ganz so pflichtig wie andere Aufgaben sei. Das müssen sich die Träger der Jugendhilfe anhören, die genau dort entgegenwirken und Dinge umsetzen, die dem abhelfen sollen, was in und nach der Corona-Krise wohlfeiles wenn auch berechtigtes Argument vieler Kritiker war – die Auswirkungen der Einschränkungen sind besonders im Kinder- und Jugendbereich drastisch!

In den Zuschauerreihen sitzen Menschen, die in kreisangehörigen Gesellschaften gute Arbeit für uns leisten und die noch nicht genau wissen, was eigentlich passieren soll, wenn noch mehr gespart wird oder aber der Haushalt nicht mittels Haushaltsstrukturkonzept zustande kommt. Da geht es zwar besonders ums Theater aber beileibe nicht nur, da geht es auch um die KUWEIT, die ENO, drei Touristische Gebietsgemeinschaften, den Naturpark, die Euroregion und und und

Auch die Nutzung von Förderprogrammen für unsere Einwohnerinnen und Einwohner ist in Frage gestellt, es geht um Sportförderung und Kulturförderung (bei der Gelegenheit – in Dresden wollte man wohl ein dolles Zeichen setzen – wenn man bei einem Haushalt, der beinahe 600 Millionen erreicht in einem Schreiben, das vor Millionenbeträgen nur so strotzt, fordert, es müssten 10T€ Kulturförderung gestrichen werden! Glückwunsch für diese detaillierte Kenntnis der Handlungsnotwendigkeiten vor Ort!)

Detailliert war und ist in diesem Zusammenhang sowieso nur wenig – ich muss sagen, ich war schon im März erschrocken, was unser HSK so für Zahlen darstellt – die wenigsten hier im Raum sind überhaupt in der Lage, die konkrete Auswirkung dieser vorgeschlagenen Einsparungen – völlig egal ob nun empfohlen oder nicht – abzusehen. Die Öffentlichkeit ohne Detailkenntnis aus den Ausschüssen schon gar nicht. Oder haben Sie alle ernsthaft eine Vorstellung, was trotz engagierter Vorträge des Herrn Gampe, die über 20 Millionen Einsparung über das Schlagwort Verwaltung 4.0 passieren soll?! Wissen Sie, was eine Deckelung des Tourismus- und Wirtschaftsförderungsbudgets bewirkt? Wundert sich wirklich irgendwer, dass die Presse und auch potentielle Betroffene die Kategorien nicht auf Anhieb verstehen konnten oder wollten? An dieser Stelle danke ich dennoch für die spät nachgereichten Unterlagen i.S. Jugendhilfe, die ich recht vehement eingefordert habe, nachdem die großen Unklarheiten erkennbar entstanden waren.

Aber, sehr geehrter Herr Ilg, würden Sie als Rechtsamtsleiter Zittau, Görlitz, Weißwasser, Herrnhut, Olbersdorf oder wem auch immer so eine Unterlage durchgehen lassen?! Vielleicht aber auch so: Wir könnten uns ja zurücklehnen, diese Unterlage ist von der Landesdirektion geprüft und zum Gegenstand eines Bescheids gemacht worden. Scheint also für Landkreisniveau ausreichend zu sein – wenn auch sehr eilig.

Doch trotz allen Ärgers - bleiben wir ehrlich – man kann auch Erfolgsfaktoren nennen, die zumindest ein wenig Licht ins neblige Dunkel bringen könnten – erstens: im Bescheid der Landesdirektion ist die Tatsache zu begrüßen, dass wir erneut ein Gutachten

anstrengen müssen - diesmal wieder gefördert und die Aufgabenstellung wird aus Dresden mitbestimmt. Gut, dass das extern gemacht werden soll, denn ich bin überzeugt, dass unser eigenes Gutachten – immerhin durch die Verwaltungshochschule Meißen erarbeitet, kaum andere Zahlen gebracht haben wird. Aber auch gut, weil dadurch ebenfalls die Herangehensweisen und Zahlen in den pflichtigen Bereichen geprüft werden sollen, sozusagen kritisch betrachtet, so wie wir Kreisräte – hier nenne ich besonders unsere Fraktion von der Freien Wählergemeinschaften - das ja explizit auch tun und schon länger verlangen.

Zweitens - 40 Millionen Sonderbedarfszuweisung sind natürlich schon ein gewisser Erfolg – vor allem, weil endlich die wichtigste Freistaats eigene Prüfinstanz des Landkreises per Bescheid unserer besondere finanzielle Lage in Sachen Sozialaufwendungen bescheinigt hat. Glauben Sie bloß nicht, dass nicht jedes Wort dieses Bescheids mit dem Finanzministerium abgestimmt ist. Es existiert also erstmals eine Form von Anerkenntnis unserer besonderen Herausforderung – dafür geht mein persönlicher Dank auch an Landrat Dr. Stephan Meyer, seinen 1. Beigeordneten Thomas Gampe und ganz und gar nicht zuletzt auch an MDL Franziska Schubert, die daran entscheidend über die letzten Jahre gearbeitet haben.

Uns werden je nach Beschlusslage die sächsischen Kommunen aus ihren eigenen Mitteln helfen. Uns helfen die Landkreise, Städte und Dörfer – nicht der Freistaat, wie es in vielen regionalen und überregionalen Medien heißt. Der Freistaat hat über seine Gremieneinbindung die Argumente zähneknirschend zur Kenntnis nehmen müssen. Wir müssen und ich bin mir sicher, wir werden genau diese unsere Argumentation weiter anwenden. Allerdings muss da selbst bei einem Verhandlungserfolg noch deutlich mehr passieren – im SSG, im Landkreistag, wie auch im KAV lesen alle die Prognosen für die nächsten Jahre gleich – die schlechte Wirtschaftslage äußert sich in der Steuerprognose – die Mittel für den kommunalen Finanzausgleich werden also sehr sehr wahrscheinlich nicht mehr.

Und da kommt die kommunale Familie ins Spiel – wir müssen gemeinsam mit allen anderen Kommunen erreichen, dass es eine Neuverhandlung über die Mittel im FAG gibt, die dazu führt, dass der Freistaat mehr Mittel zur Verfügung stellt. Nur so sind in

meinen Augen auch die harten ergänzenden Forderungen aus dem Bescheid zu erfüllen. Ich hoffe, dass unser Ministerpräsident dann wenigstens anerkennt, dass wir nicht der Forschung, der Wissenschaft, der Kultur den Rang ablaufen, sondern, dass die Orte, wo Menschen leben und ihre Demokratie erleben wollen, indem sie mitgestalten dürfen, leistungsfähig bleiben.

Sehr geehrte Damen und Herren – mir fehlt die Fantasie und am Ende doch die erschöpfend tiefe Kenntnis der Finanzausgaben des Landkreises und seiner Beteiligungen um wirklich alle Konsequenzen eines nicht beschlossenen HSK, einer deshalb nicht zahlbaren Sonderbedarfszuweisung und damit eines nicht genehmigungsfähigen Haushalts vollständig darzustellen. Meiner Annahme nach beginnt langsam aber auch eine sehr gefährliche Uhr zu ticken. Oder müsste nicht eigentlich gemäß Bankengesetz und Kommunalordnung im zweiten Jahr der Haushaltslosigkeit automatisch der Kassenkredit fällig gestellt werden? 90 Millionen plötzlich bedient werden? Dass die Zeit soweit fortgeschritten ist, könnte man den Gremien vorwerfen, die sich damit befassen mussten. Der FAG-Beirat ist aber besetzt von Menschen, die, so wie wir auch noch andere Dinge beruflich tun. Die Entscheidung ist ein Politikum, das vielen nicht schmecken mag. Also hat es wohl aus guten und schlechten Gründen ein wenig gedauert...

Die Tatsache, dass wir heute – also fast schon unterm Weihnachtsbaum eine solche Sachlage diskutieren und entscheiden müssen, stellt für mich und viele andere nichts anderes als das Gefühl einer Erpressung dar. Wie schon so oft. Deshalb spricht auch viel dafür, das Exempel zu statuieren und endlich einfach mal nein zu sagen.

Es gibt einige im Saal, die sich sagen – Es ist doch Wahljahr! Die können uns doch gar nicht fallen lassen! Andere meinen – Da wird uns dann jemand an die Seite gestellt, der das ganz hart mit uns durchficht.

Wir haben in unserer Fraktion harte und teils sehr deutliche Diskussionen geführt, mein Kollege Wieler wird Ihnen dann auch noch die Notwendigkeit eines Antrags, den wir vorbereiten, erläutern. Jetzt kann ich Ihnen nur meinen persönlichen Eindruck zur bevorstehenden Abstimmung nennen: Wir in der Fraktion der Freien Wähler würden alle dieses Prozedere endlich einmal platzen lassen.

Aber wir sind nicht angetreten für eine Politik des Risikos auf fremde Kosten, nicht für ein Pokern auf niedrigstem politischen Niveau. Wir übernehmen Verantwortung für diesen Landkreis und suchen umsetzbare Kompromisse – deshalb wird die Mehrheit meiner Fraktion dem – weiterhin kritikwürdigen - Beschluss wahrscheinlich zustimmen. Ich hoffe, dass dies auch eine Mehrheit des Kreistags tun wird.